

YU-HSI NIEH

Politische "Renovations-**arbeiten" in Taiwan -****Zu den neuen Lokalwahlen****und Teilumbildung****des Kabinetts**

Am 14. November 1981 fanden in Taiwan die Lokalwahlen statt. Unter den 189 neu gewählten Kreisleitern, Bürgermeistern sowie Abgeordneten zu den Parlamenten der Provinz Taiwan bzw. der dem Exekutiv Yuan (Kabinett) unmittelbar unterstehenden Städten Taipei (Taibei) und Kaohsiung (Gaoxiang) sind 145 oder 76,7% Mitglieder der Regierungspartei Guomindang (Kuomintang). (1) Kurz danach, am 25. Nov., wurde auch das Kabinett teilweise umgebildet. Neu besetzt sind die Ämter des stellvertretenden Ministerpräsidenten (Qiu Chuanghuan), des Innenministers (Lin Yangang), des Verteidigungsministers (Song Changzhi), des Finanzministers (Yu Lide), des Wirtschaftsministers (Zhao Yaodong), des Verkehrsministers (Lian Zhan), des Vorsitzenden der Kommission für tibetische und mongolische Angelegenheiten (Xue Renyang). Außerdem sind General Hao Bochun zum neuen Generalstabchef, General Jiang Zhongling zum neuen Oberbefehlshaber des Heeres, General Chen Shoushan, zum neuen Oberbefehlshaber der Garnison Taiwan und General Ma Anlan zum neuen Chefmilitärberater des Präsidenten ernannt worden (2).

In Taiwan, der Republik China, haben die sogenannten Lokalwahlen eine große politische Bedeutung; denn die Wahlen auf Zentralregierungsebene sind seit der Flucht des Guomindang (Kuomintang)-Regimes unter Marschall Jiang Jieshih (Chiang Kai-shek) im Jahre 1949 von dem chinesischen Festland nach Taiwan praktisch eingefroren. Zwar haben die Wahlen von Staats- und Vizepräsident gemäß der Verfassung der Republik China von 1947 alle sechs Jahre stattgefunden, doch werden diese nicht vom Volk, sondern von der Nationalversammlung gewählt. Ferner sind diese und andere nationale Volksvertretungsorgane, d.h. das Gesetzgebungs Yuan und das Kontroll Yuan, seit ihren ersten und auch letzten Wahlen 1947/48 über dreißig Jahre lang nicht erneut gewählt worden. Die offizielle Argumen-

tation dafür lautet, daß außerhalb Taiwans die Durchführung von Neuwahlen zum Staatsparlament in anderen Provinzen wegen der "kommunistischen Rebellion" nicht möglich sei. Mit anderen Worten: Die genannten drei Volksvertretungsorgane sollen erst nach einer Befreiung des chinesischen Festlands vom Kommunismus neu gewählt werden. Allerdings wurden, angesichts der Tatsache, daß sich die Zahlen der Mitglieder der drei Organe ständig durch Tod und andere Ursachen verringerten und daß auch die lebenden zum großen Teil wegen ihres hohen Alters arbeitsunfähig geworden sind, die sogenannten zusätzlichen bzw. ergänzenden Abgeordneten kraft der "provisorischen Artikel" der Verfassung gewählt. Der Staatspräsident wird bevollmächtigt, zu entscheiden, ob, wann und wieviele ergänzende Abgeordnete gewählt werden sollen. 1969, 1972/73, 1975 und 1980 haben entsprechende Wahlen stattgefunden. Bislang stellen die auf Taiwan neu gewählten Abgeordneten ihren alten Kollegen gegenüber immer noch die Minderheit in den drei nationalen Volksvertretungsorganen dar. Die Wahlen, die die Volksmeinung widerspiegeln und gewisse Nuancen in die politische Landschaft der Insel bringen können, sind die Lokalwahlen (3).

Um die Sympathie der Inselbewohner zu gewinnen, hat die Guomindang-Regierung kurz nach ihrem Rückzug nach Taiwan die sogenannte "lokale Selbstverwaltung" auf der Insel eingeführt. Gewählt werden aber Kreisleiter, Gemeindevorsteher sowie Volksvertretungsorgane ab Provinzebene. Der Gouverneur der Provinz Taiwan wird nach wie vor von der Zentralregierung ernannt. Seitdem die Hauptstadt Taipei 1966 und die Hafenstadt Kaohsiung 1979 den Status unmittelbar der Zentralregierung unterstellter Städte, also den gleichen Rang einer Provinz, erhalten haben, dürfen die Einwohner der zwei Metropolen auch nicht mehr ihre Oberbürgermeister wählen. Diese werden wie der Gouverneur der Provinz Taiwan von der Zentralregierung ernannt.

Formell gibt es in Taiwan außer der Guomindang noch zwei politische Parteien, nämlich die Chinesische Jugendpartei und die Chinesische Demokratisch-Soziale Partei, die 1949 mit der Guomindang nach Taiwan flüchteten. Abgesehen von den wenigen Sitzen in den genannten drei nationalen Volksvertretungsorganen, die sie 1947/48 erhalten haben, spielen sie kaum noch eine politische Rolle auf der Insel.

Bis Mitte der 70er Jahre sind überwiegend nur einzelne parteilose Oppositionelle gegen die Regierungspartei Guomindang in den Wahlen angetreten. Die Guomindang ist strukturell eine 1924 mit der Hilfe sowjetischer Berater nach dem Vorbild der KPdSU reorganisierte, straffe Organisation, sie hat Zellen in allen sozialen und politischen Bereichen einschließlich der Schulen, Armee, Polizei und Justiz. Ihr wurde von den Oppositionellen häufig vorgeworfen, nicht nur durch die Regierung die Wahlen indirekt beeinflußt, sondern auch auf verschiedene Weise direkt die Stimm-

zettel manipuliert zu haben. Tatsächlich haben die oppositionellen Kandidaten in der Vergangenheit häufig wegen einer großen Anzahl von "ungültigen Stimmen" die Wahlen verloren.

Im Verlauf der 70er Jahre hat eine Reihe von Ereignissen die Insel Taiwan politisch in Bewegung gebracht. Außenpolitisch wurde sie 1971 aus der UNO ausgeschlossen, und in den folgenden Jahren brachen noch zahlreiche Staaten die diplomatischen Beziehungen mit der Insel ab. 1975 ist Marschall Jiang Jieshi nach einer autoritären Herrschaft über die Republik China von fast einem halben Jahrhundert gestorben. Die Industrialisierung und die Expansion des Außenhandels, die von der diplomatischen Niederlage nicht nur kaum beeinflusst, sondern durch die Anstrengung der Regierung immer mehr wachsen, bedürfen eines liberalen und pragmatischen Kurses in der Innen- und Außenpolitik. Vor allen Dingen hat sich ein neuer Mittelstand mit modernerer Einstellung gebildet. Sowohl in der Regierungs- als auch in der Parteiführung der Guomindang wurden allmählich neue Gesichter oder jüngere Kräfte eingesetzt. Noch deutlicher ließ sich der Zuwachs der Opposition an der neuen Generation erkennen. Im Vergleich zu ihren Vorkämpfern drängen die jüngeren Dissidenten der Regierung nicht nur neue Machtaufteilung, sondern auch grundsätzliche politische Reform auf. Da die Guomindang in der Innen- wie in der Außenpolitik nur langsam kleine Renovationsarbeiten machte und einen Umbau des Grundgefüges ablehnte, haben sich die politischen Gegensätze während der 2. Hälfte der 70er Jahre bis auf einen Höhepunkt zugespielt.

In den 50er und 60er Jahren haben die meisten einheimischen Politiker außerhalb der Guomindang die Regierung jedes Mal im Wahlkampf des Machtmonopols der Festländer beschuldigt, weil damals kaum ein geborener Taiwanese in der Regierung zu finden war - eine Ausnahme stellte nur Lian Zhendong dar, der 1960-66 das Amt des Innenministers und dann das des Ministers ohne Geschäftsbereich bekleidete. Man beklagte sich mit dem schimpfenden Sprichwort: "Der Bettler hat Gott aus dem Tempel vertrieben." (D.h. die Flüchtlinge haben ihrem Gönner den Platz weggenommen.)

Nachdem 1972 Jiang Jingguo (Chiang Chingkuo) als damaliger Ministerpräsident sechs einheimische Politiker in sein Kabinett aufgenommen und zudem auch zum ersten Mal einen Taiwanese, Xie Dongmin, zum Provinzgouverneur ernannt hatte, ist die regionale Kluft zumindest verkleinert worden (4). Ferner ist der Regionalismus bei der jungen Generation durch die Zeit ohnehin immer mehr abgesplüßt worden. Denn die Kinder der Festländer sind alle auf der Insel geboren oder aufgewachsen. Obwohl in ihren Personalausweisen immer noch die Abstammungsorte ihrer Väter vermerkt sind, haben sie ihre "Heimatprovinzen" auf dem chinesischen Festland nie gesehen oder können sich nicht mehr daran erinnern. Daher schließen sich auch immer mehr junge "Festländer" der Opposition an. Im Wahlkampf

machte die Opposition der neuen Generation die Durchführung einer echten Demokratie zum Hauptthema. Es wurde vor allem von der Regierung verlangt, den seit 1949 verhängten Belagerungszustand aufzuheben, die Menschenrechte zu garantieren, die nationalen Vertretungsorgane durch Wahlen zu erneuern und auch die Regierung auf der Provinzebene zu wählen.

Bei den Wahlen von zusätzlichen Abgeordneten zum Gesetzgebungs Yuan im Dezember 1975 wurde ein Kandidat namens Bai Yacan verhaftet und von dem Militärgericht des Hauptquartiers der Garnison Taiwan unter der Beschuldigung des Hochverrats zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt. Dieser hatte im Wahlkampf die Bekanntgabe des Privatvermögens des damaligen Ministerpräsidenten Jiang Jingguo und dessen Erbschaftswertes seines verstorbenen Präsidentenvaters, Marschall Jiang Jieshi, die Auflösung des nationalen Parlaments, die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Besetzung der führenden Militär- und Polizeiposten durch Einheimische, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Moskau sowie den Handel mit dem chinesischen Festland u.a. gefordert. In der Kreisstadt Ilan gingen in der Nacht nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses 10.000 Menschen auf die Straße, um dagegen zu demonstrieren, daß ein alter bekannter Oppositioneller aus dem gleichen Kreis, Guo Yuxin, infolge der unglaublich hohen Zahl von über 40.000 ungültigen Stimmen, die Wahl verloren hatte. Auch er hatte in der Wahlpropaganda ethische, der Regierung unangenehme Forderungen, gestellt: Gewährung von Rede- und Versammlungsfreiheit, Erlaubnis zur Gründung einer oppositionellen Partei, Aufhebung des Belagerungszustandes, allgemeine Wahlen für das Amt des Staatpräsidenten, das des Provinzgouverneurs und das des Bürgermeisters der Stadt Taipei (5). Daß die Opposition trotzdem zum ersten Mal einen beachtlichen Erfolg von 7 der 37 gewählten zusätzlichen Sitze zu dem Gesetzgebungs Yuan errungen hatte, versetzte die Regierung in Nervosität. So wurden auch in den Monaten nach den Wahlen zahlreiche Regimekritiker verhaftet (6).

Unter dem Druck der sich für die Menschenrechte einsetzende Außenpolitik der USA wich die Guomindang-Regierung 1977-1978 von dem harten Kurs gegenüber der Opposition ab. Bei den Lokalwahlen im November 1977, an deren Fairness kaum zu zweifeln war, konnten die nicht der Guomindang angehörenden Kandidaten einen Stimmenanteil von 20% erringen. 4 der 20 neuen gewählten Kreisleiter bzw. Bürgermeister waren nicht Mitglieder der Regierungspartei. Auch bei den Wahlen der Abgeordneten auf lokaler Ebene hat die parteilose Opposition besser als je zuvor abgeschnitten, obwohl die Guomindang auch in allen Volksvertretungsorganen ihre absolute Mehrheit aufrechterhalten konnte (7).

Die Ankündigung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen der USA zu der VR China und die gleichzeitige Unterbrechung der US-Beziehungen mit Taiwan durch Präsident Carter am

15. Dez. 1978 veranlaßte die Guomindang-Regierung ihren Liberalisierungskurs wieder zu stoppen. Die Kontrollen nach dem Notstandsgesetz wurden verschärft. Eine der Maßnahmen war die Verschiebung der ursprünglich für den 23.12.1978 geplanten Wahlen von ergänzenden und zusätzlichen Abgeordneten der drei nationalen Volksvertretungsorgane auf unbestimmte Zeit. Die offizielle Begründung der Regierung dafür war, eventuelle Angriffe und Infiltration seitens der chinesischen Kommunisten abzuwehren. In Wirklichkeit befürchtete die Regierung einen weiteren Erfolg der parteilosen Oppositionellen, falls die geplanten Wahlen fristgerecht abgehalten würden. Kurz darauf, am 21.1.1979, wurde ein führender greiser Regierungsgegner, Yu Dengfa, verhaftet und am 16. April vom Militärgericht des Garnisonshauptquartiers zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Schließlich hat die Regierung anlässlich der blutigen Krawalle bei einer Demonstration am 10. Dez. 1979 - dem Internationalen Tag der Menschenrechte - in der Stadt Kaohsiung eine Massenverhaftung von Dissidenten durchgeführt. Acht von ihnen wurden am 18. April 1980 von dem oben genannten Militärgericht zu hohen Freiheitsstrafen von zwölf Jahren bis lebenslänglich verurteilt. Einunddreißig weitere erhielten am 2. Juni 1980 von der zivilen Strafkammer des Amtsgerichts Taipei relativ milde Freiheitsstrafen von zehn Monaten bis zu sechs Jahren und acht Monaten. Dazu gab es im gleichen Zeitraum noch zahlreiche andere Regierungsgegner und Sympathisanten der Oppositionellen, die indirekt wegen der Krawalle oder unter anderen Beschuldigungen vom Militärgericht zu langen Freiheitsstrafen von zwei bis zehn Jahren verurteilt wurden. Mit dem Verbot aller für die Regierung unangenehmen Zeitschriften wurden auch die noch auf freiem Fuß befindlichen Dissidenten mundtot gemacht (8). Damit wurde aber nicht nur das Fundament der parteilosen Opposition zertrümmert, sondern auch die demokratische Fassade der Guomindang-Regierung schwer geschädigt.

Um das Image im In- und Ausland zu verbessern, ließ die Regierung nach den politischen Turbulenzen die ausgesetzten Wahlen von zusätzlichen Abgeordneten der nationalen Volksvertretungsorgane am 6. Dez. 1980 stattfinden. Die Regierungspartei hat dabei 120 oder über 82% der 146 neu gewählten Sitze erhalten. Allerdings waren nur 78 von ihnen durch die Partei nominiert; die anderen 42 haben den Wahlkampf ohne die Unterstützung oder gar gegen den Willen der Partei durchgeführt. Abgesehen von einem Sitz der Demokratisch-Sozialen Partei wurden 25 parteilose Oppositionelle gewählt. Sie nehmen zwar nur einen Anteil von etwas über 17% an der Gesamtzahl der Gewählten ein, aber zahlreiche Verwandte der im Zusammenhang der Kaohsiunger Krawalle verhafteten oppositionellen Politiker wurden demonstrativ gewählt. Zhou Qingyu, die Frau des vom Militärgericht zu zwölf Jahren Freiheitsentzug verurteilten bekannten Rechtsanwalts und 1977 gewählten Mitglieds des Provinzparlaments, Jao Jiawen, hat sogar unter allen Kandidaten die höchste Stimmenzahl erreicht. Außer-

dem sind nur rund 66% der Wahlberechtigten an die Urnen gegangen, mehr als 33% sind entweder aus politischem Desinteresse oder, wie die Opposition annahm, aus Protest gegen die politische Unterdrückung der Wahl fern geblieben (9). Auch die neuen Lokalwahlen standen noch im Schatten des politischen Wirbels von 1979/80. Die Wahlbeteiligung von rund 72% lag immer noch weit hinter dem Ergebnis der vorletzten Lokalwahl vom November 1977 mit über 80% Beteiligung.

Noch kurz vor den Wahlen der zusätzlichen Abgeordneten zu den nationalen Volksvertretungsorganen im Dezember 1980 hat das Gesetzgebungs Yuan am 6. Mai desselben Jahres das Gesetz für die Wahlen und Enthaltungen von Volksvertretern und Amtsträgern während der Periode der Mobilmachung zur Unterdrückung der (kommunistischen) Unruhe verabschiedet, in dem die Aktivitäten während des Wahlkampfes stark eingeschränkt werden (10). Diese Einschränkungen richten sich hauptsächlich gegen die Kandidaten der parteilosen Opposition (11). Laut Artikel 54 und 86 des Gesetzes wird ein Kandidat oder sein Wahlhelfer mit Freiheitsentzug von sieben Jahren bestraft, wenn er bzw. sein Wahlhelfer in einer Wahlrede andere zum Hoch- oder Landesverrat anstiftet. Anstiftung zum Landfriedensbruch wird ebenfalls mit Freiheitsstrafe von über fünf Jahren bedroht. Falls während eines Wahlkampfes tatsächlich Unruhen passieren, müssen die Beteiligten nach Artikel 87 mit einer Freiheitsstrafe von mindestens sieben Jahren und die Anstifter mit einer Strafe von zehn Jahren bis lebenslänglich Zuchthaus rechnen. In der Vergangenheit wurden bereits zahlreiche parteilose Oppositionelle, die während des Wahlkampfes die Regierung scharf kritisiert hatten, von dem Militärgericht des Hauptquartiers der Garnison Taiwan unter der Beschuldigung des Hochverrats nach dem Strafgesetzbuch zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Mit der Einführung der Strafbestimmungen gegen Hoch- und Landesverrat in das neue Wahlgesetz bezweckt die Regierung ganz offensichtlich unangenehme Kritik im Wahlkampf zu unterbinden.

Diejenigen, die einmal wegen Hoch- oder Landesverrat vom Gericht verurteilt wurden, ist es - außer der Disqualifikation für eine Wahlkandidatur nach Artikel 47 des Wahlgesetzes - auch verboten, sich als Wahlhelfer eines anderen Kandidaten zu melden. Da die Justiz, vor allem die während des andauernden Belagerungszustandes für die Rechtshandlung von Hoch- und Landesverrat zuständige Militärjustiz, kaum von der Regierung unabhängig ist, müssen alle Oppositionelle für scharfe Kritiken gegen die Regierung im Wahlkampf nicht nur mit hohen Freiheitsstrafen rechnen; es ist gleichzeitig auch das Todesurteil für ihr politisches Leben. Weitere Einengungen für die parteilosen Oppositionellen sind noch die Bestimmungen von Artikel 47 und 55, nach denen eine Person nicht gleichzeitig Wahlhelfer von zwei Kandidaten oder mehr sein darf, ein Kandidat oder sein Wahlhelfer keine Massendemonstration veranstalten und die Aktivitäten während des Wahlkampfes nicht über die

Grenze des bestimmten Wahlbezirks ausdehnen darf. Dazu sieht Artikel 49 vor, daß jeder Kandidat bei privaten Wahlveranstaltungen jeden Tag nicht über sechs Kundgebungen abhalten und daß jede Kundgebung nicht länger als zwei Stunden dauern darf. Außer dem Kandidaten und seinen Wahlhelfern wird keiner anderen Person erlaubt, Wahreden zu halten. Denn in den letzten Jahren schlossen sich die Regimekritiker immer enger zusammen und bemühten sich bei den Wahlen eine Einheitsfront mit gegenseitiger Unterstützung zu bilden. Besonders 1979 war die formlose Koalition der parteilosen Opposition unter der Zeitschrift "Meilidao" (Die schöne Insel), die im Zusammenhang mit den Krawallen in Kaohsiung verboten wurde, sehr aktiv. Sie wurde u.a. von taiwanesischen Dissidenten aus dem Ausland, vor allem aus den USA und Japan, mit Geld unterstützt. Um der Opposition diese Finanzquelle zu verschließen, sah das neue Wahlgesetz in Artikel 88 eine Freiheitsstrafe von über einem Jahr bis zu sieben Jahren vor, wenn man Finanz- oder Materialhilfe aus dem Ausland für Wahltätigkeit erhält. Schließlich ist es laut Artikel 35 und 47 allen immatrikulierten Studenten wie Soldaten und Polizisten verboten, sich als Kandidat oder Wahlhelfer zu melden, weil der spektakuläre Erfolg der parteilosen Opposition in den Lokalwahlen von 1977 nicht zuletzt durch das Engagement zahlreicher studierender Jugendlicher zustande gekommen war. Einige von ihnen haben dabei Profil bewiesen und sind inzwischen zu bekannten Oppositionellen geworden.

Im Vergleich zur Vergangenheit sind die letzten Lokalwahlen ziemlich friedlich abgelaufen. Gewiß hat dabei das neue Wahlgesetz seine Wirkung bewiesen. Andererseits versuchten auch beide Seiten - die Regierungspartei und die parteilose Opposition - von sich aus im Wahlkampf Maß zu halten. Auffällig war, daß diesmal weder vor noch nach der Wahl Dissidenten verhaftet wurden. Die Guomindang hatte nach den Lokalwahlen 1977, wobei sich eine große Unruhe in der Stadt Zhongli (Chungli), Kreis Taoyuan, aus Protest gegen eine angebliche Stimmenmanipulation eines Wahlbeamten ereignet hatte und, wie bereits erwähnt, die parteilose Opposition ein unerwartetes Ergebnis erzielte, ihre Wahltaktik revidiert. Vor allem wurde nicht mehr auf einen 99-100%igen Erfolg gesetzt. So hat die Regierung, was die Wahlen von Abgeordneten verschiedener Ebenen betrifft, nur für 80% der Sitze Kandidaten aufgestellt. Damit konnte sie einerseits der Opposition gegenüber Großzügigkeit zeigen und andererseits, um das Gesicht zu wahren, eine Ausflucht für den verfehlten totalen Sieg finden. Der wichtigste Grund für diese Maßnahmen aber war, daß die Parteiführung, die die Kandidaten nominierte, nicht jeden Wunsch der Parteimitglieder erfüllen konnte. Bei den Lokalwahlen 1977 waren zahlreiche Parteimitglieder, die gegen den Willen der Parteiführung kandidierten, aus der Partei ausgetreten bzw. ausgeschlossen worden, einige von ihnen hatten sich gar der parteilosen Opposition angeschlossen. Daher wurden seit den Wahlen von zusätzlichen Abgeordneten der nationalen Volksvertretungsorgane

1980 neben der offiziellen Nominierung auch die sogenannte selbständige Kandidatur von Parteimitgliedern geduldet. Sie erhielten keine Unterstützung von der Partei, aber die Gewählten unter ihnen wurden auch zum Erfolg der Partei gezählt. Der Nachteil war die Streuung der Stimmen von Stammwählern durch die Konkurrenz zwischen den von der Partei offiziell nominierten und den selbständigen Kandidaten von Parteimitgliedern. Mit der Toleranz von 20% bei der Nominierung wollte die Partei wohl solche Selbstabschwächung verhindern. Allerdings ist diese Methode bei den Wahlen von Bürgermeistern, Kreisleitern oder Gemeindevorstehern nicht mehr zu verwenden, da es bei den einzelnen Fällen nur jeweils einen Kandidaten gibt. Außerdem sind die meisten der Parteimitglieder, die ohne Unterstützung der Partei zum Abgeordneten gewählt wurden, der Regierung gegenüber kritischer geworden. In dem Gesetzgebungsyuan haben solche Abgeordneten auch häufig mit den parteilosen Oppositionellen zusammengearbeitet. Dies schwächt die Parteidisziplin weiter ab. Da die Regierung die Wahlmanipulation nicht mehr wagt, muß die Regierungspartei bei der Nominierung von Wahlkandidaten, anstatt Willkür, sorgfältige Entscheidungen treffen. So sind im Unterschied zu früheren Zeiten immer mehr jüngere, einheimische, finanzkräftige oder populäre Parteimitglieder nominiert worden.

Seitens der parteilosen Opposition, um die Unterdrückung durch die Regierung kraft des Notstandsgesetzes und nun auch des bereits erwähnten neuen Wahlgesetzes zu umgehen, wurden ihre Kritiken gegen die Regierung und die Regierungspartei, zumal in den letzten Lokalwahlen, deutlich gedämpft. Während des Wahlkampfes um die zusätzlichen Abgeordneten zu den nationalen Volksvertretungsorganen 1980 galt die Menschenrechtsforderung noch als das zentrale Thema der parteilosen Opposition, besonders bei den Kandidaten, die verwandt waren mit den im Zusammenhang der Krawalle in Kaohsiung bestraften Regierungsgegnern oder auch als deren Verteidiger in Prozessen vor dem Militärgericht auftraten. Diesmal haben die Oppositionellen bei den Lokalwahlen nur noch einen relativ milden und theoretischen Leitspruch von "politischem Gleichgewicht" gewählt, d.h. einen Appell an die Wähler, für die Verwirklichung einer echten Demokratie eine starke Opposition zu wählen.

Die Dissidenten haben sich während des politischen Frühlings im Jahre 1979 häufig anlässlich privater Angelegenheiten wie z.B. Geburtstage, Hochzeiten, Ausflüge usw. getroffen, dabei aber politische Diskussionen oder Aktivitäten geführt, um damit das Verbot einer politischen Versammlung gemäß des Notstandsgesetzes nicht direkt zu verletzen. Nach den Kaohsiunger Krawallen hat es nur noch unauffällige "private" politische Begegnungen der parteilosen Oppositionellen gegeben. Im Wahlkampf der neuesten Lokalwahlen haben sich diese allgemein zurückgehalten. Da, wie oben bereits erwähnt, das neue Wahlgesetz vorsah, daß keiner außer dem Wahlkandidaten und dessen Wahlhelfer auf einer Wahlkundgebung eine Rede

halten darf, haben viele prominente Dissidenten ihre Wahlkandidaten durch schweigendes Erscheinen auf der Bühne oder mit der Fingersprache unterstützt (12). Eine neue Strategie, die die formlose Einheitsfront der parteilosen Opposition in den neuesten Lokalwahlen entwickelte, war die Empfehlung von Kandidaten, die der Kandidatennominierung der Regierungspartei entsprach. Dies verlieh der parteilosen Opposition noch mehr das Image einer politischen Partei. Aber gleichzeitig wurde das parteilose Lager in zwei Gruppen gespalten: die eine, mehr zusammenarbeitende "Zhuliu dangwai" (Hauptströmung der Parteilosen) und die andere mit Alleingängern oder der Regierung nahestehenden "Scheinparteilosen" (13).

Sowohl die Regierungspartei Guomindang als auch die parteilose Opposition hat das Ergebnis der neuesten Lokalwahlen als eigenen Erfolg bewertet. Wie am Anfang des Artikels erwähnt, sind 145 oder 76,7% der insgesamt 189 gewählten Kreisleiter, Bürgermeister auf Kreisebene und Abgeordnete der Provinz Taiwan sowie der Sonderstädte Taipei und Kaohsiung Mitglieder der Guomindang, davon haben allerdings 37 ohne Unterstützung der Partei die Wahlen gewonnen. Von den von der Partei offiziell nominierten 127 Kandidaten wurden 108 oder 85% gewählt. Am bedeutendsten waren die Wahlen der Kreisleiter und Bürgermeister. In den Lokalwahlen von 1977 wurden, wie bereits erwähnt, vier parteilose Kandidaten in diese Ämter gewählt, nämlich Xu Xinliang als Kreisleiter von Taoyuan, Huang Youren als Kreisleiter des Kreises Gaoxiang (Kaohsiung), Zeng Wenpo als Bürgermeister von Taizhong (Taichung) und Su Nancheng als Bürgermeister von Tainan. Da Su, der wie Xu Mitglied der Guomindang und wegen seiner eigenwilligen Kandidatur damals von der Partei ausgeschlossen wurde, nach den Wahlen der Regierung wieder näher kam, hat die Regierungspartei diesmal bei den neuen Wahlen in der Stadt Tainan offiziell keinen Kandidaten nominiert um seine Zusammenarbeit zu honorieren. Damit konnte Su einen Totalsieg mit 190.588 Stimmen gegen die drei selbständigen Kandidaten - alle Mitglieder der Guomindang - mit insgesamt nur 56.389 Stimmen, erringen (14). So bedeutete Sus Erfolg nicht gleichzeitig die Niederlage der Regierungspartei. In der Stadt Taizhong hat der offizielle Kandidat der Guomindang, Lin Boyong, mit 137.169 Stimmen den Hauptgegner Zeng Wenpo (62.867 Stimmen) deutlich geschlagen. Dieser gehört allerdings nicht zu der Hauptströmung der parteilosen Opposition. Besonders interessant waren die Wahlen der Kreisleiter in Taoyuan und in Gaoxiang. Da Xu Xinliang, ein radikaler Regimekritiker, im Juni 1979 von seinem Amt als Kreisleiter von Taoyuan suspendiert wurde und zur Zeit im Exil in den USA lebt, hat die "Hauptströmung" der parteilosen Opposition unter der gegenwärtigen Führung des gemäßigten Dissidenten Kang Ningxiang, Mitglied des Gesetzgebungsyuan, Lü Chuansheng als Kandidaten für das neue Amt des Kreisleiters gegen den von der Regierungspartei offiziell nominierten Rivalen Xu Hongzhi unterstützt. Die Schwester von Lü Chuansheng, Lü Xiulian, eine be-

kannte Feministin und Regimekritikerin, wurde u.a. wegen der genannten Krawalle in Kaohsiung vom Militärgericht zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt, daher hoffte Lü Chuansheng mehr Sympathiestimmen in seinem Heimatkreis Taoyuan gewinnen zu können. Doch lag er mit 162.567 Stimmen weit hinter seinem Gegner und Sieger Xu Hongzhi mit 255.763 Stimmen. Im Kreis Gaoxiong hat es zwischen dem offiziellen Guomintang-Kandidaten, Cai Mingyao, und der von der "Hauptströmung" der parteilosen Opposition empfohlenen Mitbewerberin Yuchen Yueying um das höchste Amt des Kreises ein Kopf-an-Kopf-Rennen gegeben. Diese ist die Schwiegertochter des legendären Dissidenten Yu Dengfa (79), der, wie oben bereits erwähnt, 1979 vom Militärgericht zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, sich seit Februar 1980 aber wieder auf freien Fuß befindet (15). In den letzten Jahrzehnten machte der Clan Yu im Kreis Gaoxiong bei fast allen Wahlen der Guomintang Konkurrenz. Yu Dengfa selbst war Abgeordneter und Kreisleiter. Der abgetretene Kreisleiter, Huang Youren, ist sein Schwiegersohn. Seine Tochter, Huangyu Xiuluan, wurde 1980 zum Mitglied des Gesetzgebungsorgan gewählt. Die Schwiegertochter, Yuchen Yueying, die 18 Jahre lang Mitglied des Provinzparlamentes war, hat diesmal zwar nur wegen 3.617 fehlender Stimmen die Wahl für das neue Amt des Kreisleiters von Gaoxiong an ihren Guomintang-Rivalen verloren, doch wurde ihre Tochter (also die Enkeltochter von Yu Dengfa), Yu Lingya, bei der gleichen Wahl mit der höchsten Stimmenzahl vom Kreis ins Provinzparlament gewählt.

Wie die Niederlagen der parteilosen Opposition in den Kreisen Taoyuan und Gaoxiong sowie der Stadt Taizhong waren auch ihre Siege in den Kreisen Yilan, Zhanghua und Pingdong überraschend. Zum ersten Mal wurden Oppositionelle in den drei Kreisen zu Kreisleitern gewählt. Durch diesen Ausgleich hat die Regierungspartei nach wie vor 15 der 19 Ämter von Kreisleitern, bzw. Bürgermeistern auf Kreisebene beibehalten, die Zahlen der Parteilosen in den gleichen Ämtern sind ebenfalls bei vier geblieben, von diesen gehören allerdings nun drei anstatt zwei zu der "Hauptströmung" der parteilosen Opposition. Unter den neu gewählten Abgeordneten hat es ebenfalls keine große Veränderung der Machtverhältnisse gegeben. In dem neuen Provinzparlament ist die Zahl der parteilosen Mitglieder leicht von 21 auf 18 gesunken und die der Guomintang-Abgeordneten von 56 auf 59 gestiegen. Dagegen hat die Regierungspartei im Parlament der Stadt Taipei fünf Sitze verloren, also statt 43 nur 38, während sich die Parteilosen von 8 auf 13 vergrößert haben. In das erste Parlament von Gaoxiong seit der Anhebung des Status auf eine dem Exekutivorgan unmittelbar unterstellte Stadt im Jahre 1979, wurden 32 Mitglieder der Regierungspartei und 10 Parteilose gewählt.

Im ganzen genommen ließ sich bei den neuesten Lokalwahlen der interessante Trend erkennen, daß die parteilose Opposition in den Ballungsgebieten im Norden und Süden der Insel, zumal in

den zwei Sonderstädten Taipei und Kaohsiung, immer mehr ihre Position ausbauen konnte, während die Regierungspartei in den ländlichen und abgelegenen Regionen in Mittel- und Osttaiwan noch keine Sorgen zu haben braucht, den Boden unter den Füßen zu verlieren. Von der Sozialstruktur der Wählerschaft her gesehen stützt sich die parteilose Opposition hauptsächlich auf den Mittelstand und die Arbeiter. Die Oberschicht verbindet sich wegen ihrer realen Interessen, um den sozialwirtschaftlichen Status quo zu bewahren, eng mit der Regierungspartei. Auch die bäuerliche Bevölkerung, obwohl sie in den letzten Jahrzehnten durch die Regierungspolitik vom Primat der Industrie als Stiefkind behandelt wurde, bildet einen festen Block von Stammwählern der Regierungspartei. Die sich noch in einer embryonalen Phase befindliche Opposition der Parteilosen kann die meist verstreut wohnenden Bauern aufgrund von Organisations- und Kommunikationsschwierigkeiten schwer erreichen. Dagegen kann die Regierungspartei ihren Einfluß durch ihre Zellen in der Verwaltung sowie über verschiedene Interessenverbände ausüben. Obendrein werden die Wahlen auf dem Land im Vergleich zu denen in den Großstädten mehr von der sogenannten "Lokalmacht" (Difang shili) wie z.B. der Sippenhaft beeinflusst.

Finanzkraft ist ebenfalls ein wichtiger Faktor in den Wahlen Taiwans. Besonders während der neuesten Lokalwahlen sowie bei den Nachwahlen von Abgeordneten von 1980 wurde viel vom Stimmenkauf gesprochen. Die Kluft zwischen den Festländern und den Einheimischen, wenn sie auch durch die Zeit langsam vermindert wurde, spiegelt sich immer noch in den Wahlen wieder. In den überwiegend von Familienangehörigen der Offiziere oder Regierungsbeamten aus dem chinesischen Festland bewohnten Bezirken kann die Regierungspartei mit sogenannten "eisernen Stimmen" rechnen. Es war daher sensationell, daß diesmal ein junger parteiloser Oppositioneller, Lin Zhengjie, in Taipei ins Stadtparlament gewählt wurde. Lin, der aus der Provinz Fujian auf dem chinesischen Festland stammt, ist jedoch selbst als Hinterbliebener eines Märtyrers der Guomintang-Armee in dem oben erwähnten Milieu aufgewachsen.

Ein anderer interessanter Trend der letzten drei allgemeinen Wahlen von 1977, 1980 und 1981 war, daß das Verhältnis zwischen der Zahl der Gewählten der Regierungspartei zur Zahl der Gewählten der Parteilosen ständig etwa bei 80:20 blieb. Es wurde angenommen, daß die Expansion der parteilosen Opposition ihre Höchstgrenze erreicht habe. Die Stagnation der neuen oppositionellen Bewegung seit Mitte der 70er Jahre ist wohl unmittelbar darauf zurückzuführen, daß die meisten Mitglieder ihrer Führungseliten nach den Kaohsiung-Krawallen Ende 1979 inhaftiert wurden. Die neuen Nachfolger mußten und müssen zunächst Profil erwerben. Zwar haben einige von ihnen in den letzten zwei Wahlen von 1980 und 1981 von den bereits erwähnten sogenannten "Proteststimmen" gegen die Masseninhaftierung der Regierungsgegner 1979/80 profitiert, aber diese Stimmen

waren jedoch nicht stark genug um einen neuen Aufschwung der parteilosen Opposition herbeizuführen. Die Mehrheit der Wähler scheint doch nicht bereit zu sein, eine radikale politische Veränderung zu akzeptieren, die ja den bislang errungenen Wirtschaftserfolg der Insel in Gefahr bringen könnte.

Das größte Hindernis für die oppositionelle Bewegung und für einen Durchbruch durch die Wahl-Schallmauer von 20% seitens der parteilosen Kandidaten war und bleibt wohl die andauernde Herrschaft des Notstandsgesetzes, unter der die Regierung alle politischen Unbequemlichkeiten ausschalten bzw. fernhalten kann. Die Gründung einer neuen Partei oder einer Tageszeitung von Dissidenten, die in Art.11 und 14 der Verfassung garantiert ist, wurde bislang nicht erlaubt. Auch kritische Zeitschriften wurden, wie gesagt, in der Vergangenheit häufig von der Behörde ohne gerichtlichen Prozeß beschlagnahmt, suspendiert oder verboten. Dagegen verfügt die Guomintang über alle Mittel, einschließlich des Regierungsapparates. Wenn auch jetzt von Wahlmanipulationen der Regierung nicht mehr die Rede ist, so gibt es für die parteilose Opposition immer noch keine richtige Chancengleichheit. Allein organisatorisch kann die Regierungspartei die Stimmenvergeudung durch überflüssige Konzentration oder Verstreuung leichter überwinden als die "parteilose Partei", wenn es auch Parteimitglieder gibt, die ohne die Nominierung der Partei selbst für die Wahlen kandidieren. In den neuesten Lokalwahlen z.B. hat die Guomintang, einschließlich der selbständigen Kandidatur von Parteimitgliedern im Durchschnitt nur 64% der gesamten gültigen Stimmen erhalten, aber, wie am Anfang des Artikels bereits erwähnt, 76,7% der Ämter bzw. Sitze in den gewählten Parlamenten gewonnen (16). Da die jetzige "Hauptströmung" der Parteilosen, unter der Führung des Abgeordneten Kang Ningxiang, einen milderen oppositionellen Kurs hält und sie in den letzten Wahlen durch ihre "Empfehlung von Kandidaten" wie eine Partei funktionierte, wurde die Regierung in der Presse erneut aufgefordert, die Gründung von neuen Parteien zu erlauben (17). Doch hat diese darauf nicht reagiert. Dagegen wurde eine Novellierung des neuen Wahlgesetzes erwogen, um die Aktivitäten im Wahlkampf, die vom Gesetz "abweichen", sowie den Geldeinfluß in den Wahlen einzuschränken (18).

Die Teilumbildung des Verwaltungsvorganges (Kabinetts), die nur 10 Tage nach den neuesten Lokalwahlen folgte, ist eher eine interne Kurskorrektur der Guomintang-Regierung als eine aus dem Wahlergebnis gezogene Konsequenz. Vor allen Dingen verlangsamten sich im Laufe des Jahres 1981 die Zuwachsraten des BSP und des Außenhandels, die Inflationsrate blieb mit zwei Zahlen noch sehr hoch (19). Der neue Wirtschaftsminister Zhao Yaodong (66) war ein erfolgreicher Manager, der als ehemaliger Vorstandsvorsitzender des staatlichen Stahlwerkes in der Stadt Kaohsiung trotz der weltweiten Stahlkrise sein Werk in den letzten Jahren lukrativ gemacht hat. Der neue Finanzminister

ist mit 50 Jahren ein sogenannter Politiker der jungen Generation. Vor der neuen Ernennung war er schon Staatssekretär des Finanzministeriums und zuletzt Leiter der Finanzabteilung der Provinzregierung Taiwan. Mit ihnen hofft die Regierung einen Ausweg aus Stagnation und Inflation zu finden. Die Umbesetzung des Amtes des Verkehrsministers war die Konsequenz aus einer Reihe von Verkehrsunfällen im Laufe des Jahres 1981 (20). Der abgetretene Verkehrsminister Lin Jinsheng, der jetzt das Amt eines Ministers ohne Geschäftsbereiche bekleidet, wurde lange Zeit im Parlament und in der Öffentlichkeit angegriffen. Sein Nachfolger, Lian Zhan, der zuvor Vorsitzender der Kommission für die Förderung der Jugendlichen war, zählt als Jahrgang 1936 ebenfalls zu den Politikern der jüngeren Generation.

Hintergründe für den Wechsel einer Reihe von hohen Militärposten war die Flucht eines taiwanesischen Kampfflugzeuges vom Modell F5F am 8.Aug.1981 nach dem chinesischen Festland (21). Der neue Verteidigungsminister Song Changzhi (65) war vor seiner Ernennung Generalstabschef, der neue Generalstabschef Hao Bochun war zuletzt Oberbefehlshaber des Heeres. Große Aufmerksamkeit hat man der Ernennung von Chen Shoushan (66) zum neuen Oberbefehlshaber der Garnison der Provinz Taiwan geschenkt. General Chen, dessen Name früher in der Öffentlichkeit kaum bekannt war, ist in Taiwan geboren. Es ist das erste Mal, daß ein einheimischer Offizier auch einen wichtigen Militärposten innehat. Jedoch war General Chen auf dem chinesischen Festland aufgewachsen und hatte immer in der Guomindang-Armee gedient. Die neue Besetzung des Oberbefehlshabers der Garnison hat aber einen anderen Grund: Im letzten Sommer war ein junger taiwanesischer Wissenschaftler, Chen Wencheng (31), der an der Carnegie-Mellon-University in den USA lehrte, bei einem Heimataufenthalt wegen seiner regierungsfeindlichen Aktivitäten im Ausland von der Garnison verhaftet worden. Am folgenden Tag war er auf dem Campus der Universität Taiwan in der Stadt Taipei tot aufgefunden worden (22). Mit der Ernennung des einheimischen Generals Chen Shoushan zum Chef der Garnison möchte die Regierung die durch den Tod Chen Wenchengs aufgeregte Öffentlichkeit in den USA und in Taiwan beruhigen. Außerdem war noch ein Politberater der Garnison, Ma Bi, im letzten Herbst über das Ausland auf das chinesische Festland gegangen.

Innerhalb des Kabinetts ist die Taiwanisierung quantitativ gesehen beim alten Stand geblieben. Jedoch hat es wie bei den Militärs eine Kette von Verschiebungen bei den einheimischen Politikern gegeben. Neben dem bereits erwähnten Verkehrsminister ist noch ein Ressort, nämlich das Amt des Innenministers seit langen Jahren traditionell in der Hand eines Einheimischen. Hier löste Lin Yanggang (54) Qiu Chuanghuan (56) ab, der nun zum stellvertretenden Ministerpräsidenten befördert wurde. Das von Lin freigemachte Amt des taiwanesischen Provinzgouverneurs wurde von Li

Denghui (58) übernommen. Zu Lis Nachfolger als Oberbürgermeister der Hauptstadt Taipei wurde der bisherige Leiter der Zivilverwaltungsabteilung der Provinzregierung Taiwan, Shao Enxin (57), ernannt. All diese sind einheimische Politiker und haben im Rahmen ihrer alten Ressorts die Wahlen in den letzten Jahren geleitet. Die Reihe von Beförderungen ist ganz sicher als Belohnung für ihren Beitrag zu dem bislang friedlichsten Ablauf der Lokalwahlen im November 1981 anzusehen.

Anmerkungen:

- 1) LHB, 15.11.81.
- 2) ZYRB, 26.11.81.
- 3) S. dazu Yu-Hsi Nieh, "Die Wahlen in Taiwan", C.a., Feb.1978, S.64 ff.
- 4) S. dazu C.a., Juni 1972, S.7, Ü 35.
- 5) S. dazu C.a., Feb.1976, S.19, Ü 64 und März 1976, S.76, Ü 54.
- 6) S. dazu C.a., Juli 1976, S.328, Ü 52, Nov.1976, S.590, Ü 54 und Dez.1976, S.678, Ü 59.
- 7) S. Anm.3.
- 8) S. dazu Yu-Hsi Nieh, "Politischer Taifun in Taiwan - Zum Ende der Liberalisierung", C.a., Juni 1980, S.499 ff.
- 9) Vgl. dazu C.a., Dez.1980, S.1052 f., Ü 64.
- 10) Zum Text des Wahlgesetzes s. ZYRB, 7.5.80.
- 11) Vgl. dazu Zhang Wuxiong, "Bungongping de Jingxuan Guize. Ping Xuanbafa de Guiding" (Die ungerichteten Spielregeln des Wahlkampfes. Kommentar zu den Bestimmungen des Wahlgesetzes), Bashi-Niandai (80er Jahre), Taipei, Nov.1981, S.45-49.
- 12) LHB, 7.11.81.
- 13) Vgl. dazu Zhou Yuming, "Tuijian de Quedian yu Qidai" (Der Nachteil von Empfehlungen und die Hoffnungen), Bashi-Niandai, ebenda, S.43; Chun Yushi, "Hao-yichang Longhu douzheng - Ping Guomindang ji Dangwai renshi de Duoquan douzheng" (Ein erregender Kampf zwischen Drachen und Tiger - Zum Machtkampf zwischen der Guomindang und den parteilosen Persönlichkeiten), Zhongbao, Hongkong, Dez.1981, S.9 ff.
- 14) Zum Stimmenergebnis einzelner Kandidaten s. ZYRB, 15.11.81.
- 15) Zur Person von Yu Dengfa s. ausführlich Yu-Hsi Nieh, "Die Opposition in Taiwan", C.a., April 1979, S.483 fff.
- 16) Vgl. Jiang Nianzhen, "Benci Xuanju jieguo de Fenxi" (Analyse des diesmaligen Wahlergebnisses), Meilidao (Formosa Weekly), Los Angeles, No.65 (28.11.81), S.6 ff., u. No.67 (12.12.81), S.5
- 17) LHB, 16.11. und 16.12.81.
- 18) LHB, 30.12.81.
- 19) Vgl. C.a., Nov. 1981, S.724, Ü 49
- 20) Vgl. C.a., Aug. 1981, S.501, Ü 41
- 21) Vgl. C.a., Juli 1981, S.426 f., Ü 44.

Regierung der Republik China in Taiwan

Staatspräsident

Jiang Jinguo (Chiang Ching-kuo, 72)

Vizestaatspräsident

Xie Dongmin * (Shieh Tung-min, 74)

<u>Gesetzgebungsyuan</u>	<u>Kontrolliyuan</u>	<u>Exekutivyuan (Kabinett)</u>	<u>Justizyuan</u>	<u>Prüfungsyuan</u>
<u>Präsident</u> Ni Wenyu (Nieh Wen-ya, 78)	<u>Präsident</u> Yu Junxian (Yu Chun-hsian, 80)	<u>Präsident (Ministerpräsi.)</u> Sun Yunxuan (Sun Yun-suan, 69)	<u>Präsident</u> Hoang Shaogu (Huang Shao-ku, 80)	<u>Präsident</u> Liu Jihong (Liu Chi-hung, 77)
<u>Vizepräsident</u> Liu Kuocai * (Liu Kuo-tsai, 70)	<u>Vizepräsident</u> Zhou Bailian * (Chou Pai-lien, 72)	<u>Vizepräsident</u> Qiu Chuanghuan * (Chiu Chuang-huan, 56)	<u>Vizepräsident</u> Hong Shouan * (Hung Shou-nan, 69)	<u>Vizepräsident</u> Zhang Zhongliang (Chang Chung-liang, 77)
	<u>Rechnungsminister</u> Zhang Daomin (Chang Tao-ming, 73)	<u>Innerminister</u> Lin Yanggang * (Lin Yang-kang, 54)	<u>Präs.d.Höchstgerichts</u> Chien Guocheng (Tsien Kuo-cheng, 69)	<u>Personalminister</u> Deng Chuankai (Teng Chuan-kai, 70)
		<u>Außenminister</u> Zhu Fusong (Chu Fu-sung, 66)	<u>Generalstaatsanwalt</u> Wang Jianjin (Wang Chien-chin)	<u>Prüfungsminister</u> Tang Zhenchu (Tang, Henry C., 67)
		<u>Verteidigungsminister</u> Song Changzhi (Soong Chang-chih, 65)	<u>Präs.d.Verwaltungsgerichts</u> Wang Jiayi * (Wang Chia-yi, 55)	
		<u>Finanzminister</u> Xu Lide (Hsu Li-teh, 50)		
		<u>Bildungsminister</u> Zhu Huisen (Chu Hwei-sen, 70)		
		<u>Justizverwaltungsminister</u> Li Yuangzu (Li Yuan-zu, 58)		
		<u>Wirtschaftsminister</u> Zhao Yaodong (Chao Yao-tung, 66)		
		<u>Verkehrsminister</u> Lian Zhan * (Lien Chan, 45)		
		<u>Vorsitzender d.Kommission f.mongol.u.tibet.Angelegenheiten</u> Xue Renyang (Hsueh Jen-yang, 68)		
		<u>Vorsitzender d.Kommission f. Überseechinesen</u> Mao Songnian (Mo Sung-nien, 70)		
		<u>Regierungssprecher (Leiter d. Informationsbüros)</u> Sung Chuyu (Soong Chu-yuh, 39)		

* einheimische (taiwanische) Politiker